

Schweiz

Bundesrat bestätigt dreijährige Verzögerung

Rüstungsprojekt Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats zeigt sich überrascht über die grosse Verspätung bei der Beschaffung des neuen Minenwerfers 16. Sie fordert systematische Informationen zu Rüstungsgeschäften.

Beni Gafner

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SIK) ist unzufrieden mit dem Verlauf des Beschaffungsprojekts für einen neuen, mobilen Minenwerfer. Aufgeschreckt durch die Berichterstattung dieser Zeitung über Lieferverzögerungen beim neuen Cobra-Minenwerfer für die Schweizer Armee, hat die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats an ihrer Sitzung von gestern den Bundesrat um Stellungnahme gebeten.

Bundesrätin Viola Amherd (CVP) habe der SIK erklärt, dass das Projekt drei Jahre im Rückstand sei. Diese Auskunft gab SIK-Präsident Werner Salzmann (SVP) im Anschluss an die Sitzung. Die Kommission sei über diese grosse Verzögerung überrascht, denn bisher habe es keinerlei offizielle Informationen über eine derartige Verzögerung gegeben. Die SIK habe im Oktober 2018 aufgrund eines Medienberichtes eine Information verlangt. Damals sei sie über technische Probleme informiert worden, die die Beschaffung «wohl etwas verzögern» würden.

Die Kommission habe deshalb beschlossen, sich in Zukunft mit einem «Ampelsystem» über laufende Rüstungsgeschäfte informieren zu lassen. Das genaue Informationssystem werde zusammen mit dem VBS noch erarbeitet. «Wir wollen künftig offensiv informiert werden, wenn derartige Probleme und Verzögerungen bestehen», fordert Salzmann namens der SIK.

Alte Minenwerfer behalten?

Damit bestätigen sich die massiven Planungs- und Konstruktionsprobleme beim Bundesbetrieb Ruag im Bundeshaus offiziell. Das Parlament hatte im Jahr 2016 dem Kauf von 32 Mörsern



Als das Rüstungsprogramm 2016 vorgestellt wurde, war der Piranha 8x8 das Trägerfahrzeug des Mörsers 16. Foto: Dominique Schütz (VBS)

zugestimmt. Dies zum Preis von 404 Millionen Franken. Der Hersteller des Kernstücks des Waffensystems, der Bundesbetrieb Ruag, hatte den Mörser 16, wie das System in der Schweiz offiziell heisst, schon im Jahr 2015 an einer Waffenmesse in Abu Dhabi unter dem Namen Cobra als «ausgereift» angepriesen. Der mobile Minenwerfer besteht aus dem Cobra-Werfer, montiert auf

einen Piranha-Radpanzer des Thurgauer Herstellers GDELS/Mowag. Der mobile Minenwerfer kann 12-cm-Granaten bis zu neun Kilometer weit feuern. Der Mörser-16-Prototyp funktioniert bis heute nicht so wie im Pflichtenheft von Armasuisse vorgeschrieben. Die Ruag musste wegen der Verzögerungen schon 2017 eine Strafzahlung von 726 000 Franken an die Mowag

leisten, die gegenüber dem Bund als Generalunternehmerin für das Waffensystem auftritt.

Sorgen macht sich ein Teil der SIK über Verteidigungslücken als Folge der Verzögerung des Cobra. Der neue Minenwerfer wurde 2016 als Ersatz für ortsfeste, eingebunkerte Minenwerfer präsentiert. Zur Frage möglicher Verteidigungslücken müsse der Bundesrat nun ebenfalls

Stellung beziehen. Sollte dessen Antwort unbefriedigend ausfallen, so Salzmann, werde man einen Vorstoss einreichen. Dieser werde verlangen, die laufende Ausserdienststellung ortsfester 12-cm-Minenwerfer zu sistieren. Bei den Waffensystemen, die derzeit abgebaut werden, handelt es sich um Minenwerfer, die im Mittelland bis ins Jahr 2007 in Betonblöcken installiert

Gegen Rehabilitation

Mit 17 zu 8 Stimmen spricht sich die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats (SIK) gegen eine parlamentarische Initiative von Nationalrätin Lisa Mazzone (Grüne, GE) aus. Damit sollen Verurteilte nicht rehabilitiert werden, die zwischen 1968 und 1996 aus Gewissensgründen den Militärdienst verweigerten. Laut Mazzone wurden damals über 12 000 Männer verurteilt, viele zu Freiheitsstrafen. Die SIK ist der Meinung, das Strafrecht habe den gesellschaftlichen Vorstellungen entsprochen. (bg)

wurden. Damit hätten im Kriegsfall gegnerische Aufmarschräume beschossen werden können.

«Nicht zeitgemäss»

Ablehnend zum Erhalt befestigter Minenwerfer äussert sich Sicherheitspolitiker Balthasar Glättli (GP, ZH). Er sei nach der Lektüre kritischer Berichte in der ASMZ («Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift») einige Zeit der Überzeugung gewesen, «dass möglicherweise auf die Ausserdienststellung und den Rückbau von Festungsminenwerfern verzichtet werden sollte». Die Debatten in Kommission und Rat hätten ihn dann aber überzeugt, dass diese Systeme von einer ganz anderen, nicht zeitgemässen Einsatzdoktrin ausgingen, sagt er auf Anfrage.

«Da ich die Wahrscheinlichkeit einer traditionellen, bewaffneten militärischen Auseinandersetzung in den nächsten Jahren als gering einschätze, führt die Verzögerung hier auch nicht zu einer wesentlichen Sicherheitslücke, die mit Festungsminenwerfern geschlossen werden müsste», so Glättli.

Tausende Zollbeamte konnten geheime Beschaffungsdaten einsehen

Datenleck Revisoren des Zolls rüffeln die eigenen Leute für ihren laxen Umgang mit vertraulichen Dokumenten.

Das interne IT-System von Unternehmen und Verwaltungen ist oft ein merkwürdiger Ort – eine Mischung aus nützlichem Arbeitsgerät und digitaler Müllkippe. Da finden sich nebst Verträgen, Telefonlisten, dem Menüplan der Kantine und Neuigkeiten aus der Chefetage auch Dokumente von entlassenen oder gar verstorbenen Mitarbeitern. Oder die Überreste längst begrabener Projekte.

Und bisweilen sind dort auch Informationen für alle einsehbar, die eigentlich geheim sind. Wie kürzlich bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV).

Die über 4000 Zollangestellten hatten während Monaten Zugriff auf geheime Beschaffungsdokumente, die ein Mitarbeiter in einen frei einsehbaren Ordner geladen hatte. Das zeigt ein Memo der zollinternen Revision, in das diese Zeitung mithilfe des Öffentlichkeitsgesetzes Einsicht nahm. «Das Evaluationsteam hat die Kontrolle über die vertraulichen Unterlagen verloren», heisst es im Memo vom Juli 2018. Informationen über die Vergabe

von öffentlichen Aufträgen sind hochsensibel. Wer an einer Ausschreibung mitmacht, muss in seinem Dossier detaillierte Angaben zu seinem Angebot machen, zum Beispiel, wie der Preis der Offerte genau zustande kommt. Diese Geschäftsgeheimnisse dürfen auf keinen Fall grösseren Kreisen bekannt werden – oder gar der Konkurrenz.

Ein erbitterter Kampf

Die Revisoren sind auf das Problem aufmerksam geworden, weil aktuell ein erbitterter Kampf um einen Auftrag des Zolls tobt. Die Konzerne Swisscom und Axpo hatten sich auf die Ausschreibung beworben, einen Teil des Schweizer Polizeifunknetzes Polycom zu erneuern. Der Zoll betreut landesweit rund 250 Sendemasten dieses milliardenteuren Netzes, über das Tausende Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter jeden Tag kommunizieren.

Die EZV teilte den Auftrag im April 2018 der Swisscom zu. Damit war die Sache aber nicht gelaufen. Die Axpo fühlte sich verschaukelt, weil die Swisscom

nachträglich den Preis ihrer Offerte gesenkt hatte. Heraus kam das nur, weil sich ein Swisscom-Mann im März 2018 an einem IT-Kongress verplappert hatte. Die Axpo reichte Beschwerde ein, seither ist der Auftrag am Bundesverwaltungsgericht blockiert, was den lückenlosen Betrieb des Polycom-Netzes gefährdet.

Und nun zeigt sich: Ausgerechnet diese Millionenofferten waren monatelang für die ganze EZV-Belegschaft einsehbar.

Es kann sein, dass es eine ganz harmlose Erklärung für den nachträglichen Preisrabatt der Swisscom gibt. Weil die Daten aber EZV-öffentlich abgelegt waren, ist die Glaubwürdigkeit der Vergabe beschädigt. Wie will man ausschliessen, dass einer der über 4000 Angestellten des Zolls einem Swisscom-Vertreter ein paar Zahlen zuflüsterte?

Sofort löschen

Die Revisoren des Zolls haben dieses Glaubwürdigkeitsproblem erkannt. Sie schreiben, die Dateien seien mindestens an drei Stellen gespeichert gewesen, dar-

unter extern bei einer nicht näher bezeichneten kantonalen Polizeibehörde, die bei der Auswertung der Offerten mithalf. Kommt dazu, dass auch private Berater, die an dem Projekt mitarbeiteten, Zugriff auf preisrelevante Infos hatten, obwohl sie diesen nicht brauchten.

Die internen Kontrolleure wiesen die Beschaffer an, die sensitiven Polycom-Dateien sofort zu löschen und zu prüfen, ob in öffentlichen Ordnern sonst noch irgendwelche heiklen Daten von anderen Projekten herumgeisterter. Externe Berater sollten in Zukunft keinen Zugriff auf Informationen über offerierte Preise mehr haben.

Ein Sprecher der EZV schreibt auf Anfrage, man habe nach dem Memo umgehend Massnahmen eingeleitet. Und weiter: «Die EZV sensibilisiert und schult ihre Mitarbeitenden bezüglich Interessenkonflikten.» Axpo und Swisscom wollen sich zum Streit nicht äussern, weil er weiterhin vor Gericht hängig ist.

Mario Stäubli

Nachrichten

Experten plädieren für Cannabis-Legalisierung

Kommission Cannabis soll legalisiert werden. Das empfiehlt die Eidgenössische Kommission für Suchtfragen, die den Bundesrat in Fragen der Suchtpolitik berät. Neu plädiert die Kommission nicht nur für einen straffreien Konsum, sondern auch für einen legalen, regulierten Markt. Ihre aktuelle Haltung hat die Kommission auf Basis von vier Berichten formuliert. Sie verweist auch auf positive Erfahrungen im Ausland. (sda)

Initiativen zur Absetzung von Maudet

Genf In Genf sind zwei seit langem angekündigte Initiativen lanciert worden, welche die Absetzung eines Staatsrates oder eines Richters ermöglichen sollen. Während die erste Initiative allgemein gegen Korruption und Lügen von Behörden vorgehen will, zielt die zweite Initiative mit dem Titel «Das Volk fordert den Rücktritt von Pierre Maudet» direkt auf den FDP-Politiker. Beide Texte wurden am Montag im Amtsblatt des Kantons Genf veröffentlicht. (sda)

Auch Seco-Kontrolleure warnen vor Missbrauchsrisiko

Die internen Revisoren des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) orten ebenfalls ein «Missbrauchspotenzial» beim Umgang mit sensitiven Beschaffungsdaten. Aus einer Prüfnotiz aus dem Oktober 2018, in das diese Zeitung mithilfe des Öffentlichkeitsgesetzes Einsicht nahm, ergibt sich, dass Beschaffungsdossiers zum Teil für alle Seco-Angestellten frei zugänglich sind. «Jemand könnte beispielsweise Beschaffungsinformationen an die Offertsteller weitergeben», warnen die Kontrolleure. Sie weisen deshalb die Geschäftssteuerung des Seco an, in Zukunft die Zugriffsrechte bei diesen sensiblen Dokumenten einzuschränken. Weiter stören sich die Revisoren daran, dass Angestellte Zugriff auf Vertragsdaten in anderen Fachbereichen haben – und dort Einträge ändern können. Sie fordern deshalb, dass Zugriffsrechte im ganzen Seco eingeschränkt werden, um Missbräuchen vorzubeugen. (ms)